

A. Sachbericht (ausführliche Darstellung des durchgeführten Projekts, insbesondere Angaben zur Umsetzung, zur anschließenden Nutzung und zu den Auswirkungen des Projekts; ggf. auf gesondertem Blatt)

Nachweise zum Sachbericht sind beizufügen (Fotos vom Projekt als Nachweis für die Umsetzung des Projekts, ggf. Abnahmeprotokoll, Teilnehmerlisten, Pressemitteilungen).

B. Ausgaben / Zahlenmäßiger Nachweis:

Zur Aufstellung ist die Anlage „Zuwendungsfähige Ausgaben zum Vertrag“ auszufüllen!

In der Aufstellung sind die mit dem Zuwendungszweck zusammenhängenden Ausgaben nach Art (Baukosten, Planungs- und Beratungskosten oder Sonstiges) und in zeitlicher Reihenfolge getrennt aufzulisten.

Rechnungen und entsprechende Zahlungsnachweise liegen bei.

C. Finanzierung *Es sind zu allen drei Punkten Angaben erforderlich!*

a) Eigenanteil:

(Eigenmittel, Darlehen, zweckgebundene Spenden/Drittmittel zur Reduzierung des Eigenanteils, usw.)

EUR

b) Zuwendung:

EUR

Gesamtfinanzierung:

EUR

D. Erklärung des Letztempfängers

Ich/Wir erklären, dass

- das mit dem „Vertrag über die Gewährung einer Zuwendung für ein Kleinprojekt im Rahmen des Regionalbudgets“ geförderte Kleinprojekt vollständig umgesetzt bzw. fertiggestellt ist.
 - die mit diesem Antrag vorgelegten Rechnungen im Rahmen der förderfähigen Investition vollständig bezahlt wurden. Die dazugehörigen Buchungsbelege (Kontoauszüge) sind beigelegt.
 - die Ausgaben zur Umsetzung des Kleinprojekts nach § 2 des „Vertrages über die Gewährung einer Zuwendung für ein Kleinprojekt im Rahmen des Regionalbudgets“ angefallen sind.
 - die Ausgaben, sofern eine Vorsteuerabzugsberechtigung gemäß § 15 UStG vorliegt, keine Umsatzsteuer enthalten.
 - das Projekt entsprechend den Antragsunterlagen des Letztempfängers und unter Beachtung der Bestimmungen im „Vertrag über die Gewährung einer Zuwendung für ein Kleinprojekt im Rahmen des Regionalbudgets“ ausgeführt wurde.
 - die Ausgaben zur Umsetzung des Kleinprojekts notwendig waren.
 - wirtschaftlich und sparsam verfahren worden ist und die Angaben mit den vorgelegten Nachweisen übereinstimmen.
 - über den bestätigten Finanzierungsplan hinaus keine weiteren Fördermittel beantragt bzw. andere Mittel eingesetzt wurden.
 - der abgerufene Zuschuss anteilig mit den im Finanzierungsplan vorgesehenen Einnahmen, Eigen- und Fremdmitteln für geleistete Zahlungen im Rahmen des geförderten Vorhabens eingesetzt wird.
 - mir/uns bekannt ist, dass die Originalrechnungen und Zahlungsunterlagen (nach Rückgabe) sowie alle sonst mit der Förderung zusammenhängenden Unterlagen entsprechend der im „Vertrag über die Gewährung einer Zuwendung für ein Kleinprojekt im Rahmen des Regionalbudgets“ festgelegten Frist aufzubewahren sind und zur Einsichtnahme bereitliegen.
 - mir/uns bekannt ist, dass diese Erklärung über den fristgerechten und bestimmungsgemäßen Einsatz der Mittel subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Subventionsgesetzes und § 1 des Thüringer Subventionsgesetzes ist. Ich/wir sind unterrichtet, dass vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben zu diesem Auszahlungsantrag die Strafverfolgung wegen Subventionsbetrug (§ 264 StGB) und die Rückzahlung der Zuwendung zur Folge haben können.
- Ferner ist mir/uns bekannt, dass ich/wir verpflichtet bin/sind, den Erstempfänger über die Änderung subventionserheblicher Tatsachen zu unterrichten.
- Vom Inhalt des § 264 StGB sowie den §§ 3 bis 5 Subventionsgesetz habe/n ich/wir Kenntnis genommen.

.....
(Ort, Datum)

.....
(rechtsverbindliche Unterschrift des
Letztempfängers, Stempel)

Hinweis

Gemäß § 2 Abs. 1 S. 1 der Verordnung über Mitteilungen an die Finanzbehörden durch andere Behörden und öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten (Mitteilungsverordnung - MV, zuletzt durch die Siebte Verordnung zur Änderung der Mitteilungsverordnung vom 25. November 2024 (BGBl. I Nr. 364) und Artikel 23 des Jahressteuergesetzes 2024 vom 2. Dezember 2024 (BGBl. I Nr. 387) geändert, i.V.m. § 93c Absatz 1 Nummer 2 der Abgabenordnung, zuletzt geändert durch Art. 19 G. v. 2.12.2024 (BGBl. I Nr. 387), sowie unter Berufung auf § 17 Abs. 2 Nr. 8 Thür. DSG und Art. 6 Abs. 1 c) und e) DSGVO wird die Bewilligungsstelle folgende Daten zu Ihrem Vorhaben an die Finanzbehörden melden:

- a) der Grund der Zahlung oder die Art des der Zahlung zugrundeliegenden Anspruchs,
- b) die Höhe der jeweils gewährten Zahlung,
- c) der Zeitraum oder Zeitpunkt, für den die Zahlung gewährt wird,
- d) das Datum der Zahlung oder der Zahlungsanordnung sowie
- e) die Bankverbindung für das Konto, auf das die Leistung erbracht wurde
- f) den Familiennamen, den Vornamen, den Tag der Geburt, die Anschrift des Steuerpflichtigen und dessen Identifikationsnummer nach § 139b AO;
- g) handelt es sich bei dem Steuerpflichtigen nicht um eine natürliche Person, so sind dessen Firma oder Name, Anschrift und Wirtschafts-Identifikationsnummer nach § 139c AO oder, wenn diese noch nicht vergeben wurde, dessen Steuernummer anzugeben.

Diese amtliche Meldung entbindet den Empfänger der finanziellen Zuwendung nicht von der eigenen individuellen Prüfung einer eventuell gegebenen Steuerbarkeit der erhaltenen Zahlungen.

Zuwendungsfähige Ausgaben zum Vertrag vom

Anlage zum Auszahlungsantrag und Verwendungsnachweis vom:

☐ Die Rechnungen lfd. Nr. _____ liegen bei. _____

☐ Die Zahlungsbelege lfd. Nr. _____ liegen bei. _____

☐ Die Rechnungen lfd. Nr. _____ Wurde der RAG bereits übergeben.

☐ Die Zahlungsbelege lfd. Nr. _____ Wurde der RAG bereits übergeben.

Lfd. Nr.	Firma	Rechnung/en:		Zahlungsbeleg/e:		Beantragte zuwendungsfähige Ausgaben ¹ (vom Zuwendungsempfänger vollständig auszufüllen)	Anerkannte zuwendungsfähige Ausgaben (nicht vom Zuwendungsempfänger auszufüllen)
		Datum	Betrag	Datum der Wertstellung	Betrag		
			[EUR]		[EUR]	[EUR]	[EUR]
Summe:							

(Ort, Datum)

(Stempel/Rechtsgültige Unterschrift/en)

¹ abzgl. Skonti, abzgl. Rabatte, ohne Aufwendungen für die Leistungsphase 9 der HOAI, ohne Aufwendungen für Leistungen, die erst nach dem Bewilligungszeitraum (§ 4 des Vertrages) erbracht werden und, sofern eine Vorsteuerabzugsberechtigung gemäß § 15 UStG vorliegt, ohne Umsatzsteuer sowie ggf. andere nicht zuwendungsfähige Ausgaben.